

20.10.2015 – 10:22 Uhr

Caritas veröffentlicht ihre Beobachtungen zur Armutspolitik 2015 / Familienarmut gezielt verhindern

Luzern (ots) -

Caritas hat ihre jährlichen Beobachtungen zur Armutspolitik vorgelegt. Sie sind dieses Jahr der Familienarmut gewidmet. Basis des Berichts ist eine Umfrage bei allen Kantonen. Fazit: Nur eine Minderheit der Kantone betreibt eine systematische Familienpolitik, die darauf abzielt, entweder Armut zu verhindern oder Armut zu bekämpfen. Zugleich ortet die Caritas den grössten Widerstand gegen den Umgang mit der Armutsproblematik in den eidgenössischen Räten. Das neue Parlament muss sich damit vertieft auseinandersetzen.

Rund eine Viertelmillion Eltern und Kinder sind in der Schweiz von Armut betroffen. Bei Familien mit drei und mehr Kindern trifft es jede zwölfte, bei Alleinerziehenden jede sechste Familie. Auch in der Sozialhilfe sind Familien überdurchschnittlich vertreten. Jeder fünfte Haushalt in der Sozialhilfe ist alleinerziehend.

Viele Familien in der Schweiz sind zudem von Armut bedroht. Das heisst: sie leben nur knapp oberhalb der Armutsgrenze. Gemäss neuesten Berechnungen des Bundesamtes für Statistik (BFS) ist hierzulande jede vierte Familie mit mehr als drei Kindern und jede dritte Einelternfamilie von Armut bedroht. Kurz: Familienarmut ist in der Schweiz kein marginales Problem.

Ein zentraler Grund für die hohe Armutsbetroffenheit von Familien sind die Kinderkosten in der Schweiz. Jüngst hat der Bund die durchschnittlichen Ausgaben für ein Kind in der Schweiz berechnet. Die Kosten bewegen sich zwischen 11 000 Franken jährlich für eine Zweielternfamilien mit einem Kind und 14 500 Franken für Alleinerziehende mit einem Kind. Hinzu kommen indirekte Kosten, wenn Eltern aufgrund der Betreuungsarbeit auf Erwerbstätigkeit verzichten und sich ihr Einkommen deshalb reduziert.

Bekämpfung der Familienarmut in den meisten Kantonen nicht systematisch

Die Analyse der kantonalen Familienpolitik zeigt, wie wenig diese bis anhin als Instrument der Armutsbekämpfung und Armutsprävention verstanden wird. Mit Bern verfügt heute ein einziger Kanton über ein strategisches Dokument zur Familienpolitik aus Armutsperspektive. Die Kantone Jura und Fribourg erarbeiten derzeit eine Strategie.

Obwohl die meisten Kantone einzelne Massnahmen zur Bekämpfung der Familienarmut kennen, gehen sie diese nicht systematisch an. Das heisst: Entweder werden die relevanten familienpolitischen Themen nicht aus Armutsperspektive angegangen, oder aber der Fokus liegt in einzelnen Teilbereichen und der ganzheitliche Blick fehlt.

So besitzen beispielsweise fünf Kantone eine Strategie im Teilbereich der Frühen Förderung. Sie alle verstehen Frühe Förderung als Instrument der Armutsbekämpfung und -prävention. Gleichzeitig werden in diesen Kantonen die Bereiche der Existenzsicherung und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht aus der Perspektive der Familienarmut in den Blick genommen.

In zehn Kantonen liegen Ansätze einer kantonalen Strategie vor. Das heisst, sie verfügen entweder über eine Situationsanalyse der Familienarmut im Kanton oder sie haben einzelne Ziele und Massnahmen zur Bekämpfung von Familienarmut in einem strategischen Dokument festgehalten. Diese Kantone sind zwar bezüglich Familienarmut sensibilisiert, gehen die Bekämpfung und Prävention jedoch nicht strategisch an.

Ganze acht Kantone kennen weder ihre Situation im Blick auf die Familienarmut, noch verfügen sie über Ansätze diese zu bekämpfen.

Das Bundesparlament ist gefordert

Die grösste Ablehnung erfährt die Armutsproblematik jedoch im Bundesparlament. Entweder wird die Armutsrealität klein geredet, oder sie wird als Aufgabengebiet an die Kantone abgeschoben. Diese seien für die Sozialhilfe verantwortlich und deshalb für die Armut zuständig, heisst es. Damit geht eine problematische Verkürzung der Armutsproblematik einher. Es wird angenommen, dass Armut durch Sozialhilfe bekämpft und beseitigt werden soll.

Die Sicht der Caritas ist eine grundlegend andere: Armut soll verhindert und nicht bloss durch Zuschüsse der

Sozialhilfe abgedeckt werden. Armutsbekämpfung verlangt Investitionen. Die Investitionen müssen an den Ursachen der Armut ansetzen, und sie sind nicht einfach eine Angelegenheit der Kantone. Es ist höchste Zeit, dass das neu gewählte Bundesparlament sich in der kommenden Legislatur eingehend mit den Ursachen von Armut beschäftigt und entsprechende Gegenmassnahmen trifft.

Das zentrale Instrument zur Bekämpfung von Familienarmut etwa sind die Ergänzungsleistungen für Familien. Die Bundesebene muss in dieser Sache Verantwortung übernehmen und die Ergänzungsleistungen, die bereits in einigen Kantonen verankert sind, gesamtschweizerisch einführen und mitfinanzieren.

Der vollständige Bericht kann unter www.caritas.ch/positionspapiere heruntergeladen werden.

Für weitere Hintergrundinformationen steht Ihnen zur Verfügung:

Herr Odilo Noti,
Leiter Bereich Kommunikation und Marketing Caritas Schweiz,
Telefon: 041 419 22 70,
E-Mail: onoti@caritas.ch

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100000088/100779323> abgerufen werden.